**Abstract – de**

Im Rat der Europäischen Union werden die meisten Rechtsakte mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet. Diese Mehrheitsregel impliziert, dass einzelne Mitglieder überstimmt werden können und dennoch für die nationalstaatliche Umsetzung der Richtlinien verantwortlich sind.

Dieser Forschungsartikel untersucht am Beispiel Österreich im Zeitraum von 2000 bis 2008, ob eine Opposition im Rat der EU die Transposition von Richtlinien in nationales Recht beeinflusst. Die Ergebnisse verdeutlichen: Nicht eine ablehnende politische Haltung, sondern vorrangig nationale Faktoren waren für Verspätungen und Verfahren während der Transposition von umstrittenen Richtlinien verantwortlich. Auswirkungen einer Opposition im Rat auf die Implementation von Richtlinien traten besonders in Fällen mit einem hohen Grad an rechtlichem *Misfit* auf.

Schlüsselwörter: Europäische Union, Rat der EU, oppositionelles Wahlverhalten, Österreich, Implementation von Richtlinien.